

IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau, Athen / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Moskauer Stadtdumawahlen: Alle Zeichen auf Machtsicherung für die Stadtregierung

Mit Blick auf die Moskauer Stadtdumawahlen am 14. September 2014 dürften sich viele politische Beobachter noch an die Ereignisse des Jahres 2009 erinnern, als es nach dem letzten Urnengang zu einem kleinen Skandal kam. Weil ihnen das Ergebnis von 32 Sitzen für die Kreml-Partei „Einiges Russland“ und 3 Mandaten für die KPRF in seiner Eindeutigkeit als nicht glaubwürdig erschien, verließen die Vertreter der „systemgerechten“ Oppositionsparteien „Gerechtes Russland“ und der nationalistischen LDPR am ersten Sitzungstag nach dieser Wahl aus Protest den Plenarsaal der Staatsduma, ohne jedoch damit eine Überprüfung der Wahlergebnisse zu erreichen. Diesmal sollen sog. Vorwahlen für mehr Transparenz sorgen (1).¹ Daneben wurden Parteilisten abgeschafft, gewählt wird ausschließlich in Direktwahlkreisen (2). Eine koordinierte Zusammenarbeit der verschiedenen Oppositionskräfte gibt es nicht; etliche Bewerber scheitern daher an der hohen Hürde eines Unterschriften-Quorums von 3% der Wähler im entsprechenden Wahlkreis (3). Abzusehen ist ein deutlicher Sieg derjenigen Bewerber, welche dem Rathaus ohnehin nahestehen; ihnen gibt auch die geopolitische Lage um die Krim Rückenwind (4).

1. „Vorwahlen“

Die Durchführung von „Primaries“ (so die russische Bezeichnung) mit dem Titel „Mein Moskau“ geht nach Auffassung des Polit-Magazins „Kommersant Wlastj“ auf die Initiative der Stadtregierung zurück. Die Administration um Rathauschef Sergej Sobjanin wolle damit an die (vergleichsweise) fairen Oberbürgermeisterwahlen des Jahres 2013 anknüpfen.² Bewerber ohne jegliche Parteibindung sollten die Möglichkeit erhalten, sich und ihre Ideen für die russische Hauptstadt zu präsentieren. Die Losung „Von den Menschen hängt es ab“ habe der Kreml-Partei „Einiges Russland“ letztes Jahr bei der schwierigen Regionalwahl in Jaroslawl zum Erfolg verholfen, noch dazu unter der Prämisse, Parteilogo und Parteizugehörigkeit möglichst im Hintergrund zu belassen.

Für die Abstimmung bei den „Primaries“ wurden Wahllokale wie bei den eigentlichen Stadtdumawahlen eingerichtet. Das aktive Wahlrecht hatten alle im Wählerverzeichnis eingetragenen Moskowiter. Die Wahlbeteiligung lag bei 3,5%.³ Insgesamt standen 1.049 Bewerber zur Wahl⁴, die sich entweder selbst aufstellen konnten oder von beliebigen Gruppierungen formlos vorgeschlagen wurden. 366 Bewerber nutzten die Möglichkeit, sich bei Debatten per Live-Schaltung im Internet zu präsentieren.⁵ 24 amtierende Abgeordnete von „Einiges Russ-

¹ Kommersant Wlastj vom 19.05.2014, S. 32f.

² Ebenda.

³ Wedomosti vom 10.06.2014, S. 3.

⁴ Wedomosti vom 19.05.2014, S. 2.

⁵ Ebenda.

land“ beteiligten sich an den „Vorwahlen“, unter ihnen der Vorsitzende des Parlaments Wladimir Platonow.⁶ In einem Drittel der Wahlkreise vereinten Schuldirektoren und Chefärzte mit Abstand die meisten Stimmen auf sich (60% und mehr), nominiert von Belegschaften sowie Gewerkschaften und nach Auffassung der Tageszeitung „Wedomosti“ inoffizielle Kandidaten der Kreml-Partei „Einiges Russland“. In solchen Wahlkreisen standen amtierende Stadträte in der Regel nicht zur Wahl. Die niedrigste Wahlbeteiligung lag in Wahlbezirken mit einer eher oppositionellen Wählerschaft vor. Kandidaten der „nicht systemgerechten“ Opposition konnten sich nirgends durchsetzen.

2. Wahlsystem

Bei den Moskauer Stadtdumawahlen im September treten umfangreiche Änderungen des Wahlrechts in Kraft.⁷ *Erstens:* Momentan setzt sich das Stadtparlament aus 35 Abgeordneten zusammen, zukünftig werden es 45 sein. *Zweitens:* Bisher übten die Abgeordneten im Moskauer Stadtparlament ihr politisches Amt hauptberuflich aus. Nun wird etwa die Hälfte der 45 Mandatsträger ehrenamtlich tätig sein, wie es bereits in zahlreichen anderen föderalen Subjekten Russlands der Fall ist.⁸ *Drittens:* Während 2009 noch 18 Mandatsträger über Listen und 17 direkt gewählt wurden, gibt es 2014 ausschließlich Wahlkreiskandidaten (im Übrigen wie bereits bis 2005). Gewählt ist der Bewerber mit den meisten Stimmen in seinem Bezirk. Notwendig wurde dadurch ein neuer Zuschnitt der Wahlkreise, der bis Mitte Mai erfolgte. Ob die Bewerber für ihre rechtsgültige Nominierung Unterschriften sammeln müssen, hängt davon ab, für welche Partei sie kandidieren. Ohne weitere Voraussetzungen dürfen Kandidaten der in der Staatsduma vertretenen Parteien antreten. Diese Befreiung gilt auch für Parteien, die entweder bei den letzten Staatsdumawahlen oder den letzten Moskauer Stadtdumawahlen mindestens 3% der Stimmen erhalten oder in mindestens einem Stadtbezirk bei den Kommunalwahlen ein Ergebnis von 1,5% erzielt haben. Alle anderen Bewerber müssen von mindestens 3% der Bewohner ihres Wahlkreises Unterschriften sammeln (in Moskau im Schnitt ca. 5.000).⁹

Sowohl Vertreter von „Einiges Russland“ als auch der Opposition bestätigen, dass das Sammeln von Unterschriften immensen personellen und finanziellen Aufwand erfordert.¹⁰ Kandidaten richten eine Wahlkampfzentrale ein, und bis zu 300 Helfer sammeln entweder auf der Straße oder klingeln bei den Wählern zu Hause – Kosten von bis zu 50.000 Euro sind keine Seltenheit. So ist die Rede von einem Entgelt von bis zu 6 Euro pro Unterschrift. Bevor es mit dem Sammeln losgehen kann, müssen sich die Kandidaten beim städtischen Wahlamt in einem aufwändigen Verfahren registrieren lassen. Es werden umfangreiche Informationen abgefragt, zum Teil notwendigerweise von einem Notar beglaubigt: Ausbildung, Arbeitsplatz, Einkommens-

⁶ Das Folgende nach: Wedomosti vom 10.06.2014, S. 3.

⁷ Das Folgende nach: Wedomosti vom 25.12.2013, S. 1f.; Profil vom 19.05.2014, S. 12.

⁸ Wedomosti vom 04.03.2014, S. 3.

⁹ Wedomosti vom 28.05.2014, S. 2; vom 11.06.2014, S. 2.

¹⁰ Vgl. auch Wedomosti vom 14.07.2014, S. 2.

höhe, komplette Darstellung der Vermögenssituation (inklusive einer Bestätigung, dass der Bewerber über kein Konto im Ausland verfügt oder Angaben darüber, welches Auto er besitzt). Die Unterschriften müssen auf speziellen Listen geleistet werden, die nur bei zertifizierten Druckereien käuflich erhältlich sind. Jede Seite wird vom jeweiligen Sammler unterschrieben, wobei diese Unterschrift von einem Notar beglaubigt werden muss. In jedem Wahlbezirk arbeitet eine Wahlkommission, welche die Unterschriften überprüft. Kontrolliert werden von den Kommissionen insbesondere die Passnummern. Um Fälschungen – wovon weder Kandidaten von „Einiges Russland“ noch der Opposition gefeit sind – aufzudecken, werden Graphologen hinzugezogen. Sie können z.B. prüfen, ob etwa eine einzige Person alle Unterschriften auf einer Seite geleistet hat.

3. Lage der Opposition

Die liberale Partei „Jabloko“, die aufgrund ihrer Ergebnisse in der Vergangenheit keine Unterschriften sammeln muss, schickt in fast allen Wahlbezirken eigene Bewerber ins Rennen (nur eine Bewerberin ohne Parteibuch); ihr Moskauer Vorsitzender Sergej Mitrochin selbst tritt nicht an.¹¹ Alle Kandidaten mussten eine Sieben-Punkte-Erklärung unterschreiben. Ihr auszugswiser Inhalt: das Bekenntnis zur europäischen Entwicklung Russlands, die Geißelung von Faschismus, Nationalismus, Bolschewismus und Stalinismus sowie die Verurteilung der völkerrechtswidrigen Krim-Eingliederung.

Der Oppositionelle Alexej Nawalnij, der 2013 bei den OB-Wahlen in Moskau über 27% der Stimmen auf sich vereinen konnte, beabsichtigte, eine oppositionelle Liste unter dem Motto „Für Moskau“ ins Rennen zu schicken.¹² Nachdem er selbst in Zusammenhang mit einem gegen ihn erhobenen Betrugsvorwurf zu Lasten einer französischen Kosmetikfirma unter Hausarrest steht¹³, geriet inzwischen ein Teil seiner Anhänger ebenfalls ins Visier der Strafverfolgungsbehörden – sie sollen 2013 Wahlkampfspenden gestohlen haben.¹⁴ Von der Koalition „Mein Moskau“ gelang es nur zwei Bewerbern, die notwendige Anzahl von Unterschriften zu sammeln.¹⁵

Der Milliardär Michail Prochorow erzielte bei den Präsidentschaftswahlen 2012 mit einem Stimmenanteil von 20,45% in Moskau einen bemerkenswerten Achtungserfolg, aber diesmal wird er nicht zur Wahl stehen. Während er im September 2013 noch ankündigte, sich von seinem Auslandsvermögen trennen zu wollen, um sein passives Wahlrecht nicht zu gefährden¹⁶, haben seine politischen Ambitionen mittlerweile deutlich abgenommen. So folgte ihm im De-

¹¹ Wedomosti vom 11.06.2014; vgl. auch Wedomosti vom 16.06.2014, S. 2.

¹² Profil vom 19.05.2014, S. 12.

¹³ Wedomosti vom 27.02.2014, S. 2.

¹⁴ Wedomosti vom 16.06.2014, S. 2.

¹⁵ Wedomosti vom 14.07.2014, S. 2.

¹⁶ Kommersant vom 28.09.2013, <http://www.kommersant.ru/doc/2307530>.

zember 2013 seine Schwester Irina Prochorowa als Vorsitzende der „Bürgerplattform“ nach.¹⁷ Ende Mai schied Prochorow sogar aus dem Parteivorstand aus, und seine Schwester erklärte ihren Verzicht auf die Kandidatur für einen Sitz in der Stadtduma.¹⁸ Der Politologe Alexandr Poschalow sieht dafür zwei Gründe. Zum einen hätte Prochorowa gegen einen starken Kandidaten der KPRF antreten müssen, zum anderen wäre sie aufgrund ihrer kritischen Äußerungen zur Krim-Politik des Kremls zur Zielscheibe von Kommunisten und „Einiges Russland“ gleichermaßen geworden. Insgesamt sechs Kandidaten der „Bürgerplattform“ haben fristgerecht die geforderten Unterschriften bei der Wahlkommission eingereicht. Unter den Bewerbern ist Michail Wijschegorodzew, der heute als städtischer Wirtschafts-Obmann der Sobjanin-Administration angehört und schon früher einmal für „Einiges Russland“ in der Stadtduma saß.

4. Einschätzung

Die Umstellung von einem gemischten Wahlsystem auf ein Mehrheitswahlsystem mit 45 Direktkandidaten lässt Parteien in den Hintergrund treten. Der Oppositionspolitiker Ilja Jaschin behauptet, dass Oberbürgermeister Sergej Sobjanin selbst die Wahlrechtsänderung initiiert habe. Dieser wolle die Bezeichnung „Einiges Russland“ vom Wahlzettel halten, um nicht solche Wähler zu mobilisieren, die kritisch gegenüber der Stadtregierung und dem Kreml eingestellt sind.¹⁹ In Moskau gibt es landesweit grundsätzlich das größte Protestpotenzial. Zudem, so Stimmen aus der Opposition, spielten die völlig unverbindlichen „Vorwahlen“ der amtierenden politischen Kraft in die Hand. Zum einen gelinge es ihr so, „ihre Kandidaten“ – bevorzugt solche mit einem Einkommen aus dem Stadthaushalt und damit abhängig – ohne die Erwähnung der Partei zu platzieren. Weiterhin spekuliere das Rathaus auf eine möglichst niedrige Wahlbeteiligung aufgrund einer gewissen Wahlmüdigkeit – manche könnten in der Tat meinen, die Wahl sei mit den „Vorwahlen“ bereits gelaufen, zumal die Wahllokale standardmäßig eingerichtet waren.

Das Unterschriftsquorum von 3% der Bewohner eines Wahlbezirks macht es neuen Bewerbern, die sich nicht in das vom Unterschriftensammeln befreite Spektrum der fünf Parteien (die vier Staatsdumaparteien und Jabloko) einreihen wollen, sehr schwer. Große Überraschungen stehen nicht zu erwarten, die Chancen für oppositionelle Kandidaten sind bei der Moskauer Stadtdumawahl gering. Auch wenn der Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Wahlsysteme nicht gänzlich angemessen ist, so geben doch die Bestimmungen des bayerischen Wahlrechts eine gewisse Vorstellung davon, wie es anders geregelt werden könnte: Sofern eine Partei oder Wählergruppe bei der letzten Landtagswahl bayernweit nicht mindestens 1,25 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, müssen 1 ‰ der Stimmberechtigten eines Regierungsbezirks, jedoch höchstens 2.000 Personen, die Partei oder Wählergruppe mit ihrer persönli-

¹⁷ Wedomosti vom 23.12.2013, S. 3.

¹⁸ Das Folgende nach: Wedomosti vom 22.05.2014, S. 2; Wedomosti vom 14.07.2014, S. 2.

¹⁹ Wedomosti vom 25.12.2013, S. 2.

chen Unterschrift unterstützen (Art. 27 Abs. 1 Nr. 4 S. 2 Hs. 1 BayLWG), damit diese zur Wahl zugelassen wird. Legte man auch in Moskau eine 1 %-Hürde zugrunde, so wären statt rund 5.000 nur ca. 170 Unterschriften zur Zulassung eines Kandidaten in seinem Wahlkreis notwendig. Aus der Sicht des Politologen Andrej Busin bedarf es zur Erfüllung des 3%-Quorums einer gewissen Unterstützung der Behörden²⁰ (z.B. indem die Prüfungskommissionen einen großzügigen „Ermessensspielraum“ anlegen). Ein weiterer Politologe, Dmitrij Oreschkin, wirft gar die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Parlaments als Institution auf, wenn doch Legislative und Exekutive ohnehin zusammenfielen.²¹ Einen ähnlichen Gedanken äußert das Polit-Magazin „Kommersant Wlastj“, indem es darauf hinweist, dass zukünftig die Hälfte der Abgeordneten ehrenamtlich tätig sein wird: Dadurch werde der Sobjanin-Administration das Regieren leichter fallen.²²

Schließlich gibt dem Kreml die geopolitische Lage Auftrieb. Dass die Krim (nach russischer Lesart) wieder russisch ist, rechnet die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen Staatspräsident Wladimir Putin hoch an und verübelt ihm internationale Verwerfungen – jedenfalls derzeit – nicht. Diese Stimmung herrscht auch in Moskau vor, obwohl in der Hauptstadt traditionell das größte Protestpotential vorhanden ist. Dass die Jabloko-Partei die Krim-Politik verurteilt, dürfte ihr momentan in der Breite keinen Bonus bringen. Die hochriskante Außenpolitik stabilisiert die Verhältnisse im Inneren.

Moskau, 15. Juli 2014

Dr. Markus Ehm

Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

²⁰ Wedomosti vom 28.05.2014, S. 2.

²¹ Ebenda.

²² Kommersant Wlastj vom 19.05.2014, S. 35.